



Niederschrift

30. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport

Sitzungstermin:	Dienstag, 21.06.2011
Sitzungsbeginn:	17:30 Uhr
Sitzungsende:	19:25 Uhr
Ort, Raum:	Raum 1.077, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Michael Schröder CDU/ANW Leitung der Sitzung

Ausschussmitglieder

Herr Stefan Wollenberg DIE LINKE
Frau Anke Michalske-Acioglu SPD
Herr Andreas Menzel Bündnis 90/Die Grünen

stellv. Ausschussmitglieder

Frau Gudrun Hofmeister DIE LINKE Teilnahme für Frau Schummel
Herr Volker Klamke SPD Teilnahme bis 18:40 Uhr für Frau
Dr. Orłowski

sachkundige Einwohner

Herr Hans-Joachim Ziebarth CDU/ANW
Herr Florian Engels SPD
Frau Kathleen Krause SPD
Frau Beate Kruczek FDP
Herr Dr. Alexander Steinicke DIE LINKE
Herr Sven Stolpe DIE LINKE Teilnahme bis 19:00 Uhr

Beigeordnete

Frau Dr. Iris Jana Magdowski

Gast

Herr Dietmar Weiberlenn FB Schule und Sport
Herr Torsten Gessner BL Sport
Herr Eckhard Dörnbrack Staatliches Schulamt

Herr Karsten Häschel	Behindertenbeauftragter
Frau Angela Frevert	Kreisschulbeirat
Herr Dieter Lehmann	Stadterneuerung
Frau Kathrin Boron	OSP
Herr Bernd Schröder	1.FFC Turbine Potsdam
Herr Torsten Gutsche	Sportler
Frau Anne Pichler	Stadtsportbund
Herr Guido Berg	PNN

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Olga Schummel	DIE LINKE	Entschuldigt
Frau Dr. Manja Orłowski	SPD	Entschuldigt
Frau Martina Engel-Fürstberger	FDP	Entschuldigt

sachkundige Einwohner

Frau Sabine Bittrich	Migrantenbeirat	nicht anwesend
Herr Frank Prinz-Schubert	Die Andere	Entschuldigt
Frau Inge Stab	Grüne/B90	nicht anwesend

Schriftführer/in:

Frau Wildgrube, Gudrun, Fachbereich Schule und Sport

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 24.05.2011 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Offener Brief Potsdamer Sportler
- 4 Inklusion Bildung
- 5 Information zur weiterführenden Schule im Potsdamer Norden
- 6 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 6.1 Nutzung Parkhausfassade Schiffbauergasse
Vorlage: 11/SVV/0257
Gruppe Die Andere
- 7 Mitteilungen der Verwaltung

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung mit dem Hinweis, diese gegen 19.00 Uhr abzuschließen, um die Teilnahme am MAZ-Sommerfest zu ermöglichen.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 24.05.2011 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Herr Schröder stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Er fragt nach Änderungswünschen zur ausgereichten Tagesordnung.

Herr Menzel bittet darum, die Liste zur Sportförderung, die im Luftschiffhafenbeirat behandelt wurde, heute zu besprechen und über die Satzung der Schulbezirke zu informieren.

Herr Wollenberg bittet unter TOP Sonstiges um eine Information zur Bildungsförderung nach dem Bildungs- und Teilhabepaket.

Frau Kruczek möchte Informationen zu den ausgereichten Briefen zum Lehrersatzpool.

Herr Engels spricht sich dafür aus, die von Herrn Menzel gewünschte Liste nicht zu diskutieren, weil diese den Ausschussmitgliedern nicht vorliege.

Frau Dr. Magdowski sagt zu, die Liste mit der Niederschrift auszureichen.

Herr Schröder fragt, ob es Änderungen bzw. Ergänzungen zur Niederschrift der 29. Sitzung gibt. Da das nicht der Fall ist, bittet er um Abstimmung.

Der Ausschuss für Bildung und Sport stimmt dem öffentlichen Teil der Niederschrift der Sitzung am 24.05.2011 in der vorliegenden Fassung zu.

Abstimmungsergebnis: keine Gegenstimmen

zu 3 Offener Brief Potsdamer Sportler

Herr Schröder informiert, dass der Offene Brief Potsdamer Sportler mit den Unterlagen zur Sitzung an die Ausschussmitglieder übergeben wurde. Er bedankt sich dafür, dass Kathrin Boron, Torsten Gutsche und Bernd Schröder der

Einladung des Ausschussvorsitzenden gefolgt sind.

Frau Dr. Magdowski erklärt, dass die Sportvereine im Leistungs- und Breitensport eine wichtige Funktion einnehmen. Es gebe zwei Dinge, die man trennen müsse. Das seien zum einen Sportsponsoring und zum anderen die Finanzierung durch Hauptstadtmittel. Auf privates Sportsponsoring habe die Verwaltung keinen Einfluss. Bezüglich Sponsoring durch städtische Gesellschaften habe der Oberbürgermeister zum Ausdruck gebracht, dass es weitergehen werde. Für Vereine der 1. Liga werden Hauptstadtmittel zur Verfügung gestellt, die etwa den Mitteln der Stadt entsprächen. Ein Entfallen der Hauptstadtmittel würde einen Absturz der Vereine bedeuten. In diesem Fall müsse man sich gemeinsam durch entsprechende Sportförderung darum bemühen, die Vereine zu unterstützen. Der Oberbürgermeister habe zum Ausdruck gebracht, dass es ihm ein großes Anliegen sei, den Vereinen eine entsprechende Planungssicherheit zu geben.

Herr Schröder, Trainer des 1. FFC Turbine Potsdam, gibt zu bedenken, dass auf Grund der Veröffentlichungen in den Medien die Wahrnehmung der Bevölkerung so sei, dass sich der Sport in einem völlig gesetzlosem Raum befinde und Sportförderung ohne gesetzliche Grundlage erfolge. Die Situation Babelsberg 03 möchte er aus der Diskussion ausklammern. Es dürfe jedoch nicht sein, dass der Sport in eine derartige Missituation gebracht werde. Dazu beigetragen haben auch unterschiedliche Darstellungen der Fraktionen. Alle Sportvereine seien gemeinnützige Vereine. Es könne nicht sein, dass diese überall begründen müssen, dass sie Sponsoringmittel brauchen. Nach seiner Meinung seien die Mittel für Sportförderung ausreichend. Er möchte dazu beitragen, zu verhindern, dass hier ein gesetzloser Bereich herbeigeredet werde. Was die Vereine bisher ausgegeben haben sei im Rahmen gesetzlicher Möglichkeiten erfolgt.

Herr Schröder bestätigt, dass die öffentliche Wahrnehmung so sei. Die Ursache des Problems liege aber in einer gewissen Geheimniskrämerei über Sponsorengelder. Durch die Diskussion habe der Potsdamer Spitzensport Schaden genommen. Auftrag der Stadtverordneten sei es, den Schaden zu begrenzen und die Prozesse für Außenstehende transparent zu machen. Er habe die Vertreter des Sports eingeladen, um mit ihnen dazu Verständigung aufzunehmen. Parallel dazu tage die Transparenzkommission.

Frau Pichler erklärt, dass der Sport im Moment instrumentalisiert werde. Sie sei seit 11 Jahren Geschäftsführerin des Stadtsportbundes und stelle fest, dass sich zur Zeit Fraktionen für Sport interessieren, die sich vorher nie für den Sport interessiert haben. Seit 11 Jahren werde der Sportförderbericht erstellt. Auch mache der Stadtsportbund Mitgliederversammlungen, in denen die Finanzen offen gelegt werden. Mehr Transparenz könne es nicht geben. Wenn jetzt Transparenz gefordert werde, gebe es kein Verständnis für kommunale Vergabepolitik und für den Sport.

Frau Boron spricht als Sportlerin und aus ihrer beruflichen Sicht, wo sie für Marketing verantwortlich ist. Sie habe damit zu tun, Sponsoren zu gewinnen und stelle fest, dass ein großer Schaden entstanden sei. Das sei klar erkennbar und werde sich im Nachwuchssport widerspiegeln.

Herr Klamke erklärt, es sei Praxis, dass jeder Verein am Jahresende seinen Rechenschaftsbericht vorlegen müsse. Er erinnert daran, dass in den 90iger Jahren die jetzigen Verdächtigen den Sport vor dem Untergang gerettet hätten. Er vermisse die Transparenz nur bei der EWP, nicht bei den Vereinen. Man

müsse Ruhe in die Diskussion bekommen und wieder Vertrauen dahingehend aufbauen, dass Vereine Geld nicht zum Fenster hinauswerfen. Er halte die im Moment geführte Diskussion dafür nicht für geeignet.

Mit Verweis auf Probleme im Kulturbereich erklärt **Frau Dr. Magdowski**, man solle diskutieren, inwieweit die Stadt entsprechende Situationen aufhält. Es müsse politischer Konsens entstehen, damit die Sportvereine nicht auf dem Thema sitzenbleiben. Es gebe einen Kriterienkatalog für Hauptstadtmittel, den die Verwaltung offen legen musste. Die Finanzierung kam zur Hälfte vom Bund und zur Hälfte von der Stadt. Wenn sich die Hauptstadtmittel verringern, müsste die Stadt mehr Geld in die Hand nehmen. Es sollte überlegt werden, ob die Stadt auf Notsituationen der Vereine eingehe. Sie sehe die Situation nicht in der Verantwortung der Sportvereine.

Herr Gessner erklärt, dass sich die Verwaltung über den Brief der Sportler gefreut habe, da ein Pauschalverdacht gegenüber den Sportvereinen großen Schaden anrichten kann. Der von Vorrednern angesprochene Antrag an die SVV sei sehr allgemein gehalten. Man müsse klar unterscheiden in öffentlich rechtliche Sportförderung, die durch Sportfördersatzung umgesetzt werde. Hier brauche sich die Landeshauptstadt Potsdam nicht verstecken. Die Förderstrategie mit einem breit aufgestellten Fördermix, der u.a. bereits Tendenzen des demografischen Wandels und zielgruppenorientierte Maßnahmen aufgreife, sei beispielgebend in Deutschland. Die Stadtverordnetenversammlung, der Ausschuss für Bildung und Sport sowie die Verwaltung haben alles Mögliche getan, um ca. 150 Vereine mit etwa 24.000 Mitgliedern angemessen zu fördern. Die Sportförderung der Landeshauptstadt Potsdam erziele jährlich hohe Effekte. Darüber werden vom Bereich Sport in einem jährlichen Sportförderbericht detaillierte Angaben gemacht. Es gebe klare Anforderungen. Es müssen Anträge mit Finanzierungskonzept gestellt werden. Es werden öffentlich-rechtliche Bescheide erstellt und am Ende müssen die Vereine über die Verwendung des Geldes einen schriftlichen Nachweis führen. Die Gelder werden hoheitlich durch kommunale Mitarbeiter vergeben. Gegebenenfalls erfolgt eine Abstimmung mit dem Ministerium für Bildung, Jugend und Sport und/oder dem Stadtsportbund Potsdam e. V.. Die jährlichen finanziellen Aufwendungen hierfür seien im Haushalt der Stadt enthalten, Transparenz sei gegeben und sie fügen sich in die Finanzlage der Landeshauptstadt Potsdam ein. Durch dieses Verfahren haben die Vereine Planungssicherheit. Der Bereich Sport achtet im Rahmen der Antragsbearbeitung darauf, dass es keine ungerechtfertigte Doppelförderung gebe. Andererseits gebe es den privatrechtlichen Bereich. Hier könne man zwischen privaten Unternehmen in privatem Eigentum und privaten Unternehmen in städtischem Eigentum unterscheiden. Private Eigentümer seien in ihrer Entscheidung frei. Bei den städtischen Unternehmen entscheiden die dortigen Gremien/Aufsichtsräte, denen auch Stadtverordnete angehören. Es gebe also Steuerungsmöglichkeiten. Er bittet darum, in der weiteren Diskussion öffentliche und privatrechtliche Sportförderung nicht zu vermischen.

Herr Wollenberg möchte sich den Vorrednern anschließen. Es gebe keinen Transparenzverlust bei den Vereinen und der städtischen Sportförderung. Transparenzverlust gebe es bei den EWP. Das heiße, der Aufsichtsrat oder andere Kollektivgremien müssen entscheiden. Aus seiner Sicht sei Sponsoring durch kommunale Unternehmen eine wichtige Sache. Dass die Diskussion auf dem Rücken der Vereine ausgetragen werde, sei ärgerlich.

Frau Magdowski bietet an, dass sich Vereine, die Probleme haben wenn eine Sponsorenzusage weggebrochen sei, melden sollten.

Herr Gutsche erklärt, dass Hintergrund des Briefes Äußerungen aus den Parlamenten gewesen seien, die alles in Frage stellten. Der Kanu Sport erhalte nur einen kleinen Teil von der EWP. In den Köpfen der Sponsoren sei jedoch der Filz in Potsdam hängen geblieben. Es gab eine Gesprächsrunde mit dem Oberbürgermeister und den Fraktionsvorsitzenden. Er wünsche sich seitens der Stadt eine Darstellung in der Öffentlichkeit, dass es Transparenz gebe damit sich Sponsoren wieder engagieren. Es müsse Ruhe in die Sache kommen, denn es betreffe einen Verein und den Geschäftsführer eines Unternehmens.

Herr Menzel möchte wissen, was von den Stadtverordneten erwartet werde.

Herr Schröder, Trainer des 1. FFC Turbine Potsdam, verweist auf den Antrag der Fraktion FDP zum Sportförderkonzept. Das sei die Wahrnehmung bestimmter Personen. Er habe den Wunsch, dass sich die Stadt in der Öffentlichkeit artikuliere und der Aktionismus, der sich in der Presse widerspiegelte, richtig gestellt werde. Man sollte sagen, dass es einen Verein und ein Unternehmen in einem speziellen Fall betreffe.

Herr Schröder bedankt sich bei den Vertretern des Sports und fasst zusammen: Die Botschaft ist, dass der Sport nicht unter Generalverdacht gestellt werden kann. Es muss differenziert werden zwischen Prozessen und Verantwortungen. Herauszustellen ist, dass es sich beim SV Babelsberg 03 e. V. um einen Einzelfall handelt und alle anderen Vereine offensichtlich sauber arbeiten.

zu 4 **Inklusion Bildung**

Herr Häschel verweist darauf, dass die aktuelle Diskussion zum Thema Inklusion in Bewegung sei. Er gewinne den Eindruck, dass es ein gewisses Spannungsverhältnis gebe. Die Frage sei, wie Behinderung überhaupt definiert werde, da es z.B. in Berliner Bezirksämtern sehr unterschiedliche Sichtweisen gebe, welche Formen von Behinderung entsprechende Hilfen erhalten. Zu erkennen sei in Berlin ein Zuwachs von Lernbehinderung und Verhaltensbehinderung. Eine Umfrage der Bertelsmann-Stiftung, die sich mit dem Zustimmungsgrad der Eltern beschäftigte, komme zu sehr unterschiedlichen Erkenntnissen, was den Zustimmungsgrad in der Bevölkerung zum Thema Inklusion angehe. Nach Aussage der Ministerin für Bildung, Jugend und Sport möchte man bis 2019 Förderschulen schließen. Die Frage sei, wie es dann weitergehe. Die Fläming-Grundschule in Berlin Schöneberg, Vorreiter der inklusiven Bildung, bekomme jetzt Schwierigkeiten, weil Lehrkräfte abgezogen werden. Es ergebe sich die Frage der personellen Abfederung. All diese Fragen seien Teil der zur Zeit geführten Diskussion, d.h. man befinde sich in einer komplizierten Lage. Für Potsdam wolle man ein Konzept entwickeln und 5 Arbeitsgruppen bilden. Die Arbeitsgruppe – Inklusive Bildung solle nächste Woche starten. Einladungen wurden verschickt. Man möchte eine klare Ausrichtung, was für Potsdam im Rahmen der Inklusion auf den Weg gebracht werden soll, welches die Prioritäten für Kita und Schule seien, wie man zu tragfähigen Ergebnissen kommen könne. Vorgesehen sei, im Oktober erste Ergebnisse zu haben und die Stadtverordnetenversammlung zum Jahresende zu informieren. Man wolle ein Konzept entwickeln und den Prozess, ein Umdenken in Bezug auf behinderte Menschen zu erreichen, mittel- und langfristig begleiten. Für die Moderation habe man den Verbundträger kobra.net gewonnen. Weiterhin wurde ein Netzwerk „Menschen mit Behinderung“ gegründet.

Herr Menzel habe im letzten Jahr eine kleine Anfrage zum Thema gestellt und zeigt sich über den Fortschritt erfreut. Aufgrund der Sparvorgaben, die die Ministerin erfüllen muss, sehe er allerdings große Probleme. Deshalb solle man sich nicht über Demonstrationen wundern. Er werbe dafür, von Kürzungsplänen im Bildungsbereich abzulassen.

Herr Schröder verliest den letzten Satz des Beschlusses des Präsidiums des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg vom 6. Juni 2011 zur Inklusion Bildung: „Die zusätzlichen finanziellen Aufwendungen der kommunalen Schulträger sind im Rahmen des strikten Konnexitätsprinzips zu erstatten.“ Der Beschluss wird an die Ausschussmitglieder ausgereicht.

Frau Krause nimmt Bezug auf die kritische Bemerkung zur Inklusion, die Herrn Schröder in der letzten Sitzung machte. Sie spricht sich dafür aus, die Diskussion offen zu führen. Es müssten Rahmenbedingungen geschaffen werden, um diese Kinder zu integrieren. Sie sei in der Arbeitsgruppe und freue sich auf die Arbeit. Der Ausschussvorsitzende möge diese Arbeit nicht durch Äußerungen zum Scheitern verurteilen.

Frau Frevert begrüßt die Arbeit der Arbeitsgruppe. Sie möchte wissen, ob das Programm Inklusion das völlige Aus für Förderschulen bedeute.

Herr Dörnbrack erläutert, dass durch die Ministerin gesagt wurde, dass es um Förderschulen mit den Förderschwerpunkten Lernbehinderung, Sprache und emotionale und soziale Entwicklung gehe. Es werde auch von der Entscheidung der Eltern abhängig sein, ob sie ihr Kind an einer Grundschule oder Förderschule unterrichten lassen wollen. Wenn für Förderschulen nicht mehr genügend Kinder da seien, müsse man sehen, wie es weitergehe. Er gehe davon aus, dass es weiterhin Förderschulen mit bestimmten Förderbedarfen geben werde. Man müsse die Entwicklung abwarten.

Frau Kruczek fragt wie viele und welche Förderschulen das betreffen könnte.

Frau Dr. Magdowski erklärt, wenn Eltern ihr Kind an einer Schule anmelden, sollte das Kind dort entsprechend unterrichtet werden können. Es gebe noch keine Regelung, deshalb seien die Lehrer verunsichert. Bisher hatte der Geschäftsbereich mit Herrn Häschel die Absprache, behindertengerechte Beschulung für jede Schulart zu ermöglichen. Wenn es keine Unterstützung vom Land gebe, werden die Ressourcen fehlen, um Inklusion an allen Schulen umzusetzen. In der Schulleiterberatung seien von der Schulleiterin der Montessori-Oberschule Beispiele aus anderen Ländern angeführt worden. Auch dort seien keine 100-prozentigen Regelungen vorhanden.

Herr Häschel ergänzt, dass es darum gehe, eine Bewusstseinsänderung zu schaffen. Man wolle das Bewusstsein dafür schärfen, vielen Schülern inklusive Bildung anzubieten. Dabei wolle man Nichts erzwingen, sondern Eltern sollen ihre Schule wählen können. Es werde auch weiterhin Förderschulen geben. Wichtig sei, dass sich alle Schulen dem Prozess öffnen, um zum Bewusstseinswandel bei Eltern und Lehrern beizutragen.

Herr Dornbrack informiert, dass Lehrer keine Angst haben müssen. Es gebe ein vorgeschriebenes Verfahren, bei dem die Sonderpädagogische Beratungsstelle die Empfehlung für den Förderbedarf gebe und das Staatliche Schulamt dann die Schule zuweise.

Herr Weiberlenn erklärt, er habe den Ausführungen der Ministerin entnommen, dass das Land im November einen Maßnameplan zur Inklusion vorlegen werde. Er warnt davor zum gegenwärtigen Zeitpunkt von Schließung der Förderschulen zu reden. Das werde Bestandteil der Schulentwicklungsplanung sein. Er könne sich nicht vorstellen die Förderschule mit sonderpädagogischem Förderschwerpunkt emotionale und soziale Entwicklung abzuwickeln und gehe nicht davon aus, dass in Potsdam ein Förderschulstandort aufgegeben werden könne. Es sei ein Prozess und es werde Veränderungen geben. Dafür solle man sich Zeit nehmen.

Frau Krause erklärt, dass es Aussagen des Ministeriums gebe, dass sich Förderschulen als Grundschulen öffnen können. Sie werbe für die Arbeitsgruppe und dafür, für Alles offen zu sein.

Als Mitglied des Kreiselternrates spricht sich **Herr Menzel** dafür aus, alle Förderschulen für alle Kinder als Grundschule zu öffnen. Er unterbreitet den Vorschlag, Frau Kegler in eine Ausschusssitzung einzuladen, um sich ein praktisches Bild zu machen, wie Inklusion laufen könne.

zu 5 Information zur weiterführenden Schule im Potsdamer Norden

Frau Dr. Magdowski informiert, dass am 25.05.2011 ein Spitzengespräch beim Oberbürgermeister stattfand, in dem festgelegt wurde, dass der Schultyp eine Gesamtschule sein werde. Es solle eine weitere Fläche für die Schule östlich der Georg-Hermann-Allee geprüft werden, da am Standort Pappelallee eine Gesamtschule nur mit Doppelnutzung bzw. Einschränkungen Platz habe. Ein B-Plan für eine Schule östlich der Georg-Hermann-Allee werde durch den Geschäftsbereich 4 erstellt. Der Errichtungsbeschluss werde durch den Geschäftsbereich 2 vorbereitet. Mit der Prüfung von Finanzierungsvarianten werde ein Unternehmen beauftragt. Eine Mitteilung der Stadtverordnetenversammlung werde im September 2011 und die Beschlussvorlage im Oktober erfolgen. Die Verwaltung werde in der nächsten Ausschusssitzung erneut berichten.

Herr Menzel ist nicht davon überzeugt, dass der Standort Pappelallee zu klein sei und äußert Bedenken wenn ein B-Plan erstellt werden muss.

zu 6 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 6.1 Nutzung Parkhausfassade Schiffbauergasse

Vorlage: 11/SVV/0257

Gruppe Die Andere

Durch den Antragsteller wurde ein neuer Antragstext vorgelegt.

Herr Lehmann erläutert unter Bezug auf seine Darstellung in der Sitzung am 24.05.2011, dass kein positives Ergebnis auf die Antragstellung zu erwarten sei. Wie bereits in der letzten Sitzung erläutert, handle es sich um ein Sanierungsgebiert und das vom Gesetzgeber vorgegebene Verfahren sei nicht so, dass man Sanierungsziele ohne Weiteres verändern könne. Sanierungsziele müssen wirtschaftlich definierbar und begründbar sein. Er habe in der letzten

Sitzung erklärt, dass für den Verkauf der Fläche ein Erlös geplant sei. Wenn dieser Erlös für einen anderen Zweck wegfalle, habe die Sanierungsmaßnahme ein Defizit, welches aus dem Haushalt der Stadt auszugleichen wäre. Dafür sehe die Verwaltung keinen Spielraum. Er bedauert, dass der Antragsteller das Angebot von Herrn Richter, gemeinsam mit dem KIS ein Gebäude zu finden, um den Vorschlag des Alpenvereins an anderer Stelle umzusetzen, nicht wahrgenommen habe.

Es schließen sich einige Nachfragen an.

Herr Schröder stellt fest, dass kein Vertreter des Antragstellers anwesend ist, möchte aber den Antrag abstimmen, da Herr Lehmann in der letzten und in der heutigen Sitzung rechtliche Ausschlussgründe für die Umsetzung dargelegt habe.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung den Antrag wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen:

1. ob ein dem Gesamtkonzept als Kulturstandort entsprechender Käufer/Nutzer für das Grundstück des Parkhauses Schiffbauergasse gefunden worden ist
2. welches Projekt dort in welchem Zeitraum durch wen mit welchem Investitionsvolumen geplant ist
3. ob dieses Projekt - mit Blick auf den von den Stadtverordneten beschlossenen Nutzungszweck des Areals Schiffbauergasse als in erster Linie Kulturstandort - aus kulturpolitischer Sicht einen höheren Stellenwert hat als die von uns beantragte Nutzung der in städtischem Eigentum befindlichen Parkhausfassade als offen zugängliche, kostenlos nutzbare und vom Deutschen Alpenverein (DAV) auf eigene Kosten zu errichtende und betreibende Kletterwand
4. wie die von der Bauverwaltung immer wieder als Hinderungsgrund gegen die Kletterwand vorgebrachte Sanierungssatzung dahingehend geändert werden kann, dass das Projekt Kletterwand doch noch durchgesetzt werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 0
Ablehnung: 2
Stimmenthaltung: 3

Der Antrag wird abgelehnt.

zu 7 **Mitteilungen der Verwaltung**

Lehrersatzpool

Frau Dr. Magdowski informiert, dass die Antworten der Regierungsparteien und der Ministerin für Bildung, Jugend und Sport noch vorlägen. Alle vorliegenden Antworten wurden an die Ausschussmitglieder verteilt. In der nächsten Sitzung werde man über die Stellungnahmen aus der Schulleiterberatung der Grundschulen berichten.

Herr Weiberlenn ergänzt, dass seitens der Verwaltung 35.000 Euro für 2011 und 35.000 Euro für 2012 eingestellt seien. Mit den Schulen werde der Fachbereich

Schule und Sport eine Kooperationsvereinbarung, entsprechend dem Kleinmachnower Modell, abschließen. Es werde ein bürokratiearmes Antragsverfahren geben. Nach der Evaluation werde man berichten.

Liste zur Sportförderung

Die Liste zur Sportförderung, die im Luftschiffhafenbeirat vorgestellt wurde, wird mit der Niederschrift ausgereicht.

Überarbeitung Satzung Schulbezirke

Herr Weiberlenn informiert, dass die Überarbeitung der Schulbezirkssatzung erforderlich werde, weil die Grundschule im Bornstedter Feld eröffnet werden soll und ein Einzugsbereich festzulegen sei. Gegenwärtig erfolge die Anhörung der Schulkonferenzen und des Kreisschulbeirates. Erste Rückmeldungen liegen vor. Der deckungsgleiche Schulbezirk werde beibehalten. Nach der Sommerpause wird der Beschluss in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht.

Bildungsförderung nach dem Bildungs- und Teilhabepaket

Herr Weiberlenn erklärt, dass die Zuständigkeit beim Geschäftsbereich 3 liege. In den Sekretariaten erfolge lediglich die Annahme der Anträge.

In der kurzen Diskussion wird angeregt in einer der nächsten Sitzungen den Tagesordnungspunkt zu thematisieren und einen Vertreter aus dem GB 3 einzuladen.

zu 8 Sonstiges

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurde keine Diskussion geführt.

Michael Schröder
Ausschussvorsitzender

Gudrun Wildgrube
Ausschussbetreuerin